

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich von A. Donatsch, U. Haas, I. Meier,  
P. Oberhammer, F. Uhlmann

**Eugen Fritschi**

**Verfahrensfragen  
bei der Konkurseröffnung**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	V
Literatur- und Materialienverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<b>1. Einführung</b>	<b>1</b>
<b>2. Praxisrelevanz</b>	<b>3</b>
<b>3. Die Konkursbetrieungsfähigkeit</b>	<b>7</b>
3.1 Der Handelsregistereintrag	7
3.2 Die der Konkursbetrieung unterliegenden natürlichen Personen	9
3.2.1. Der Inhaber einer Einzelfirma	10
3.2.2. Das Mitglied einer Kollektivgesellschaft	10
3.2.3. Das unbeschränkt haftende Mitglied einer Kommanditgesellschaft	12
3.2.4. Das Mitglied der Verwaltung einer Kommanditaktiengesellschaft	13
3.2.5. Das geschäftsführende Mitglied einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung	13
3.3. Die der Konkursbetrieung unterliegenden juristischen Personen	14
3.3.1. Die Kollektivgesellschaft	14
3.3.2. Die Kommanditgesellschaft	16
3.3.3. Die Aktien- oder die Kommanditaktiengesellschaft	16
3.3.4. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	18
3.3.5. Die Genossenschaft	19
3.3.6. Der Verein	20
3.3.7. Die Stiftung	21
3.3.8. Die Investmentgesellschaft mit variablem Kapital	22
3.3.9. Die Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen	23
3.4. Besondere Bestimmungen bei Trustverhältnissen	25
3.4.1. Die Betrieung für Schulden eines Trustvermögens	26
3.4.2. Der Konkurs eines Trustees	28
3.5. Die Prüfungspflicht des Betrieungsamtes	29
3.6. Der Beginn des Unterliegens der Betrieung auf Konkurs	31
3.7. Das Ende des Unterliegens der Betrieung auf Konkurs	33
3.8. Die betrieungsrechtliche Beschwerde wegen einer zu Unrecht eingeleiteten Betrieung auf Konkurs	36

<b>4. Die ordentliche Betreuung auf Konkurs</b>	39
4.1. Die Abgrenzung zu anderen Betreibungsarten	39
4.1.1. Die Betreuung auf Pfändung	39
4.1.2. Die Betreuung auf Pfandverwertung	40
4.1.3. Die Wechselbetreuung	43
4.1.3.1. Der Zahlungsbefehl in der Wechselbetreuung	45
4.1.3.2. Der Rechtsvorschlag in der Wechselbetreuung	46
4.1.3.3. Die Bewilligung des Rechtsvorschlages in der Wechselbetreuung	47
4.1.3.4. Die Verweigerung des Rechtsvorschlages in der Wechselbetreuung	48
4.1.3.5. Die Weiterziehung des Entscheides in der Wechselbetreuung	48
4.1.3.6. Die Konkurseröffnung in der Wechselbetreuung	49
4.1.4. Die Ausnahmen von der Konkursbetreuung: Die Betreuung auf Pfändung für öffentlich-rechtliche und familienrechtliche Forderungen und Sicherheitsleistungen	50
4.1.4.1. Bei öffentlich-rechtlichen Forderungen	51
4.1.4.2. Bei Prämien der obligatorischen Unfallversicherung	53
4.1.4.3. Bei periodischen familienrechtlichen Unterhalts- und Unterstützungsbeiträgen	54
4.1.4.4. Bei Ansprüchen auf Sicherheitsleistung	56
4.2. Das Einleitungsverfahren	56
4.2.1. Das Betreibungsbegehren	56
4.2.2. Der Zahlungsbefehl	59
4.2.3. Der Rechtsvorschlag	61
4.2.4. Die Beseitigung des Rechtsvorschlages	63
4.2.5. Das Fortsetzungsbegehren	66
4.3. Die Konkursandrohung und das Konkursbegehren	71
4.3.1. Die Konkursandrohung	71
4.3.2. Das Konkursbegehren	77
4.3.2.1. Die Stellung des Konkursbegehrens	77
4.3.2.2. Der Rückzug des Konkursbegehrens	81
4.3.3. Die vorsorglichen Massnahmen	81
4.4. Die Vorladung zur Verhandlung über die Konkurseröffnung	84
4.4.1. Die Zustellung der Vorladung zur Konkurseröffnungsverhandlung	84
4.4.2. Die rechtsgültige Zustellung der Vorladung zur Konkurseröffnungsverhandlung	87
4.4.3. Verweis auf die Darstellung der Konkurseröffnungsverhandlung	93
4.5. Die Konkursverfahrensarten	94
4.5.1. Das ordentliche Konkursverfahren	94

4.5.2.	Das summarische Konkursverfahren	96
4.5.3.	Die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Aktiven	99
4.5.3.1.	Im allgemeinen	99
4.5.3.2.	Bei ausgeschlagener Erbschaft und bei juristischen Personen	105
4.5.3.3.	Das Wiederaufleben der vor der Konkurseröffnung eingeleiteten Betreibungen und die Möglichkeit der Betreibung auf Pfändung	108
4.5.4.	Die Änderung der Art des Konkursverfahrens	109
4.6.	Das amtliche Güterverzeichnis und das Konkursinventar	112
4.6.1.	Das amtliche Güterverzeichnis	112
4.6.1.1.	Die Aufnahme des amtlichen Güterverzeichnisses	112
4.6.1.2.	Der Vollzug des amtlichen Güterverzeichnisses	119
4.6.1.3.	Die Wirkungen des amtlichen Güterverzeichnisses	120
4.6.2.	Das Konkursinventar	123
4.6.2.1.	Die Aufnahme des Konkursinventars	123
4.6.2.2.	Die Auskunfts- und Herausgabepflicht des Schuldners und von Dritten	128
4.6.2.3.	Die Sicherungsmassnahmen	131
4.6.2.4.	Die Wirkung des Konkursinventars auf die Rechte des Schuldners und Dritter	135
4.6.2.5.	Die Mitwirkung und der Unterhalt des Schuldners	137
4.7.	Der Schluss des Konkursverfahrens	140
4.7.1.	Der Schlussbericht	140
4.7.2.	Die nachträglich entdeckten Vermögenswerte	143
4.7.3.	Die Fristen für die Durchführung des Konkursverfahrens	148
<b>5.</b>	<b>Die Konkurseröffnung ohne vorgängige Betreibung auf Konkurs</b>	<b>151</b>
5.1.	Allgemeines	151
5.2.	Bei unbekanntem Aufenthalt / Flucht, betrügerischer Handlung, Vermögensverheimlichung und Zahlungseinstellung	154
5.2.1.	Der unbekannte Aufenthalt und die Flucht	156
5.2.2.	Die betrügerische Handlung	158
5.2.3.	Die Vermögensverheimlichung	160
5.2.4.	Die Zahlungseinstellung	163
5.3.	Die Verwerfung oder der Widerruf des Nachlassvertrages respektive der Nachlassstundung	165
5.4.	Die Insolvenzerklärung	167
5.5.	Die mangelnde Sanierungsaussicht und der fehlende Rechtsmissbrauch	171
5.5.1.	Das Rechtsmissbrauchsverbot	172
5.5.2.	Die einvernehmliche private Schuldenbereinigung	175
5.5.3.	Die Rechtsprechung	177
5.5.4.	Das Rechtsschutzinteresse	180

5.6. Die Weiterziehung der Konkursöffnung aufgrund einer Insolvenzerklärung	181
5.6.1. Allgemeines	181
5.6.2. Die Rechtsprechung im Kanton Zürich	182
5.6.3. Die Rechtsprechung in anderen Kantonen	184
5.6.4. Die Rechtsprechung zur Legitimation von Gläubigern	186
5.7. Die Konkursöffnung ohne vorgängige Betreuung gegen Kapitalgesellschaften und Genossenschaften	190
5.7.1. Bei der Aktiengesellschaft	190
5.7.2. Bei der Kommanditaktiengesellschaft	193
5.7.3. Bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	193
5.7.4. Bei der Genossenschaft	193
5.7.5. Zur Legitimation des Verwaltungsrates respektive der Geschäftsführung zur Weiterziehung eines Konkursöffnungsentscheides	194
5.8. Der Rückzug des Konkursbegehrens bei der Konkursöffnung ohne vorgängige Betreuung	196
<b>6. Das Verfahren betreffend die Konkursöffnung</b>	<b>201</b>
6.1. Das Konkursgericht	201
6.1.1. Die sachliche Zuständigkeit	201
6.1.2. Die örtliche Zuständigkeit	203
6.2. Verweis auf die Darstellung des Konkursbegehrens	204
6.3. Der Kostenvorschuss	204
6.3.1. Die gesetzliche Regelung	204
6.3.2. Die Kosten	207
6.3.2.1. Die Höhe der Kosten	207
6.3.2.2. Die Berechnung der Kosten	208
6.3.2.3. Die Kostenhaftung bei der Einstellung des Konkurses mangels Aktiven	210
6.3.2.4. Die Kostenhaftung bei der Abtretung von Rechtsansprüchen	212
6.3.2.5. Die Kostenhaftung beim summarischen Konkursverfahren	212
6.3.2.6. Die Kostenhaftung bei der konkursamtlichen Liquidation einer Verlassenschaft	213
6.3.2.7. Die Handhabung eines Überschusses	215
6.4. Die Haftungssubjekte	215
6.4.1. Der Gläubiger	215
6.4.2. Der Schuldner	216
6.4.3. Der Dritte	217
6.4.4. Die unentgeltliche Rechtspflege bei der Insolvenzerklärung	217
6.5. Verweis auf die Darstellung der Vorladung zur Verhandlung über die Konkursöffnung	218

6.6. Die Konkurseröffnungsverhandlung	218
6.7. Die Konkurseröffnung	221
<b>7. Abgrenzungen zu anderen Formen der Konkurs erledigungen</b>	<b>229</b>
7.1. Der Konkursaufschub	229
7.2. Die einvernehmliche private Schuldenbereinigung	232
7.3. Die Notstundung	237
7.4. Das Nachlassverfahren	238
<b>8. Die Aussetzung des Konkursentscheides und Nichtigkeitsgründe</b>	<b>241</b>
8.1. Wegen Einstellung der Betreibung oder wegen Nichtigkeitsgründen	241
8.2. Die Nichtigkeitsgründe im Zusammenhang mit der Konkursöffnung	249
8.2.1. Die Nichtigkeit im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	249
8.2.2. Der nichtige Zahlungsbefehl	251
8.2.3. Die nichtige Konkursöffnung aufgrund einer Insolvenzerklärung	253
8.2.4. Die örtliche Unzuständigkeit	253
8.2.5. Die fehlerhafte Zustellung	254
8.2.6. Das Fehlen der Konkursbetreibungsfähigkeit	256
8.3. Wegen Einreichung eines Gesuches um Nachlass- oder Notstundung oder von Amtes wegen	256
8.4. Das Verfahren bei Banken und Effektenhändlern	262
8.5. Weitere Aussetzungsgründe ausserhalb des SchKG's	266
<b>9. Die Weiterziehung des Entscheides des Konkursgerichts gemäss Art. 174 SchKG</b>	<b>267</b>
9.1. Allgemeines	267
9.1.1. Änderungen gemäss der Schweizerischen Zivilprozessordnung	268
9.1.2. Änderungen gemäss dem Bundesgerichtsgesetz	270
9.2. Die Rechtsmittelfrist	273
9.3. Die Legitimation	277
9.3.1. Allgemeines	277
9.3.2. Die Legitimation der nicht am Verfahren beteiligten Gläubiger	277
9.3.3. Die Legitimation der nicht am Verfahren beteiligten Gläubiger gemäss dem Bundesgerichtsgesetz	280
9.3.4. Die Legitimation des Konkursamtes	281
9.4. Das Anfechtungsobjekt	284
9.5. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung	286
9.6. Der Suspensiveffekt	291
9.7. Das Novenrecht	292
9.7.1. Die unechten Noven	293
9.7.2. Die echten Noven	295

---

9.7.2.1. Die Tilgung	296
9.7.2.2. Die Hinterlegung	299
9.7.2.3. Der Gläubigerverzicht	301
9.8. Die Zahlungsfähigkeit	302
9.8.1. Kanton Zürich	310
9.8.2. Kanton Zug	317
9.8.3. Kanton Thurgau	321
9.8.4. Kanton Graubünden	324
9.8.5. Kanton Neuenburg	325
9.8.6. Kanton Freiburg	327
9.8.7. Kanton Basel-Stadt	328
9.8.8. Kanton Obwalden	329
9.8.9. Kanton Schaffhausen	330
9.8.10. Kanton Tessin	331
9.8.11. Fazit	332
Stichwortverzeichnis	333